

Ansprache des Vorsitzenden der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung, Dr. Peter Schindler, zur Eröffnung der Tagung

Exzellenz, sehr geehrter Herr Botschafter Abdenur,
Herr Professor Marcus Lutter als Schirmherr unserer Tagung,
meine Herren Referenten,
meine Damen und Herren,
liebe Freunde!

Im Namen des Vorstands der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung begrüße ich Sie alle sehr herzlich zu unserer VXII. Jahrestagung. Ich bedanke mich insbesondere bei unseren brasilianischen Referenten aus *São Paulo*, daß sie die Strapazen dieser weiten Reise auf sich genommen haben, um uns über aktuelle gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Probleme in Brasilien bzw. im Mercosur zu berichten. Danken möchte ich auch der Rheinischen Friedrich Wilhelm Universität, Bonn, die uns diesen herrlichen Saal der Universität zur Verfügung gestellt hat. Vor zwei Jahren in *São Paulo* waren wir Gäste der Rechtsfakultät am *Largo São Francisco* und waren sehr beeindruckt von der Würde und Schönheit des dortigen Festsaals. Ich hoffe, wir können uns heute gegenüber unseren brasilianischen Referenten und Gästen mit diesem Festsaal revanchieren.

Abgesehen von drei Tagungen in Brasilien und einer Tagung in *Luxemburg* versammeln wir uns heute zum 13. mal in einer deutschen Stadt. Wir haben uns bemüht, alle deutschen Regionen zu berücksichtigen. Daß wir heute nochmals in den Westen Westdeutschlands zurückkehren, ist höchste Zeit. Nur einmal haben wir in dieser Region – in der Nähe von *Köln* – getagt. Aber dies liegt lange zurück. So sind wir dankbar, *Bonn* noch einmal in seiner Funktion als Regierungssitz zu besuchen. Zwar wurde *Bonn* kürzlich in einer Diskussion mit dem neuen Bundeskanzler als „Treibhaus“ bzw. auch „Raumschiff“ bezeichnet, was wohl heißen soll, daß sich *Bonn* unter einer Art „Käseglocke“ selbst genügt bzw. von der Realität abgehoben dahinlebt. Doch uns stört das nicht. Wir genießen es, uns in dieser traditionellen Universitätsstadt zu versammeln und unser gestriger Begrüßungsabend im „*Limão*“ hat uns gezeigt, daß man in *Bonn* zu leben versteht.

Unsere XVII. Jahrestagung beschäftigt sich mit nationalen und supranationalen Aspekten des Gesellschafts- und Steuerrechts. Wir behandeln damit wesentliche Aspekte des Wirtschaftsrechts, und so ist es wohl angebracht, einen Blick auf die aktuelle Wirtschaftssituation Brasiliens zu werfen, bevor wir mit den speziellen juristischen Problemen beginnen.

Wenn Sie mir zunächst einen Rückblick auf 1995 gestatten, so hatte ich anlässlich unserer Tagung in *São Paulo* auf die schwindelerregenden Erfolge der südostasiatischen Staaten – insbesondere der sog. „Tiger-Staaten“ – hingewiesen und bedauert, daß Brasilien seinerzeit weit abgeschlagen hinter diesen Ländern rangierte. Was aus diesen „Tigern“ geworden ist, wissen wir alle. Sarkastisch wurden sie kürzlich als „Bettvorleger“ bezeichnet. Vergleicht man die Situation von Ende 1995 mit der von heute, so muß man neidlos feststellen, daß sich Brasilien bisher exzellent geschlagen hat. Allerdings läßt sich nicht verheimlichen, daß

Brasilien auch bei einer heutigen Null-Inflation eine schwere Wirtschaftskrise durchlebt, deren Höhepunkt erst für das erste Quartal 1999 erwartet wird.

Es ist sicherlich für Brasilien ein Glücksfall, daß Staatspräsident *Fernando Henrique Cardoso* Anfang Oktober bereits im ersten Wahlgang in seinem Amt bestätigt worden ist. Dies gibt Brasilien – trotz aller verfassungsrechtlicher Bedenken der zweiten Amtszeit, mit denen wir uns auf unserer letztjährigen Tagung anhand des Referates von Prof. da Cunha, Santos, ausführlich beschäftigt haben – eine nicht selbstverständliche Kontinuität. Der Regierung kommt dabei zugute, daß sie nach den Wahlen eine außerordentlich große Mehrheit im Parlament von ca. 74 % und von ca. 84 % im Senat besitzt. Hinzu kommt, daß auch in den einzelnen Bundesstaaten durch die kürzlichen Neuwahlen das Regierungslager 20 von 27 Staaten beherrscht. Damit hat die neue Regierung eine exzellente Ausgangsposition für die notwendigen Reformen, die, wenn Brasilien überleben will, kommen müssen.

Was sich die brasilianische Regierung vorgenommen hat, ist eine gewaltige Aufgabe. Notwendig ist ein sog. Turnaround in der Größenordnung von mehr als 22 Mrd. US\$; d.h. aus einem Defizit von mehr als 9 Mrd. US\$ muß ein Überschuß von ca. 13 Mrd. US\$ werden. Mit anderen Worten: Es muß nicht nur an allen Ecken und Enden gespart werden, es ist auch notwendig, diverse Steuern erheblich zu erhöhen, denn allein aus Steuererhöhungen sollen über 10 Mrd. US\$ Erlöst werden. Ob die brasilianische Regierung mit den vorgesehenen Maßnahmen erfolgreich sein wird, muß sich zeigen. Gewisse Zweifel, daß dieser Turnaround geschafft werden kann, drängen sich auf.

Als Tatsache festzuhalten ist in der aktuellen Situation folgendes:

1. Brasilien leidet unter einem extremen hohen Haushalts- und Bilanzdefizit;
2. die Zinsen befinden sich zur Zeit auf einer Rekordhöhe und erreichen um die 50 % p.a. und
3. die Währungsreserven haben in den vergangenen zwei Monaten von ca. 75 US\$ Mrd. auf ca. 42 Mrd. US\$ abgenommen. Es gab Tage, an denen der Abfluß in der Größenordnung von ca. 1,7 – 2 Mrd. US\$ gelegen hat.

Als Folge dieser Situation, insbesondere der hohen Zinsen, befindet sich die brasilianische Wirtschaft in einem tiefen Einbruch. Dies gilt nicht nur, aber doch insbesondere, für die Automobilindustrie. Verglichen mit Oktober 1997 sind die Verkäufe dieser Branche auf ca. 50 % des Vorjahreswertes zurückgefallen. Die Pressemeldungen dazu heißen denn auch wie folgt: „Im Schatten der schwersten Krise in der Geschichte der brasilianischen Automobilindustrie...“. „Auf den Fabrikhöfen steht die Rekordzahl von mehr als 200.000 unverkaufter Pkw auf Halde“. Konsequenz dieser Entwicklung ist, daß die Automobilindustrie – und natürlich andere Industrien auch – das Personal zunächst in Ferien schickt, Arbeitszeiten verkürzt und gegebenenfalls Entlassungen vornehmen muß. Wovon diese Leute leben werden, falls sie ihren Arbeitsplatz verlieren, ist mir ein Rätsel. Sicher ist, daß aus diesem Personenkreis keine Ankurbelung der Wirtschaft zu erwarten ist.

Seitdem dieser Wirtschaftseinbruch absehbar war, hat sich in der internationalen sowie in der brasilianischen Wirtschaftspresse eine heftige Diskussion darüber entwickelt, ob die brasilianische Regierung eine Abwertung des Real vermeiden kann oder nicht. Besonders heftig umstritten ist die Frage, ob die Nichtabwertung des Real im Interesse Brasiliens liegt.

Während laut „Folha de São Paulo“ Lara Resende vor einer Abwertung mit dem Argument warnt, damit würden die „Spielregeln“ verletzt und das Vertrauen der ausländischen Investoren erschüttert, vertritt Dornbusch die Ansicht, daß die Aufrechterhaltung des aktuellen Wechselkurses nichts anderes bedeutet als die Verdoppelung der Wette auf einen ökonomischen Plan, der bereits heute kein Vertrauen einflößt. In einem etwas polemischen Artikel in der „Folha de São Paulo“ hat *Delfim Netto* in der vergangenen Woche zynisch gemeint, Brasilien sei mit Eleganz in den Konkurs geschlittert („quebramos com elegancia“). Im wesentlichen führt er aus, daß die Regierung bankrott ist mit einer explosiven öffentlichen Verschuldung, daß die Wirtschaft bankrott ist mit einem (künstlich) hohen Wechselkurs, einem unerträglich hohen Zinssatz und einer Steuerlast, die als absurd zu gelten hat, wenn man sie mit der Qualität der (vom Staat) zur Verfügung gestellten Leistungen vergleicht. Drittens ist er der Meinung, daß Brasilien auch im Verhältnis zur Außenwelt dank des überhöhten Wechselkurses bankrott ist. *Delfim Netto* meint, daß auch etwaige weitere Kredite des Internationalen Währungsfonds oder ähnlicher Institutionen – wie Sie wissen, wird zur Zeit ein Paket von ca. 30 – 40 Mrd. US\$ geschnürt – letztendlich mit exorbitant hohen Zinsen zurückgezahlt werden müssen und infolgedessen das Problem nur in die Zukunft verschieben. Er schließt mit den Worten: „Die Spekulanten wissen, daß die Freigabe des Wechselkurses nur eine Frage der Zeit ist.“

Ob dieses Bild *Delfim Nettos* zu düster gemalt ist oder nicht, ist für mich schwer durchschaubar. Interessant fand ich allerdings, daß eine Wirtschaftssendung des Deutschlandfunks vom 10. November 1998 eine etwaige Hilfe des Internationalen Währungsfonds für Brasilien folgendermaßen qualifiziert hat: „Ein solcher internationaler Kredit wird allein die weitere Kapitalflucht aus Brasilien ermöglichen.“

Es steht uns als Deutsch-Brasilianische Juristenvereinigung nicht an, die Politik der brasilianischen Regierung zu kommentieren oder gar zu kritisieren. Was ich Ihnen zeigen wollte, sind die aktuellen Fakten und die sehr unterschiedlichen Beurteilungen durch die brasilianischen Wirtschaftsexperten sowie die brasilianischen Medien. Daß die Herausforderung extrem groß ist, ist uns allen bewußt. Ich wünsche Brasilien eine glückliche Hand und ein gutes Gelingen bei der Überwindung der aktuellen Krise.